

## ZEHN WEGE WIE GEWERKSCHAFTEN RECHTE VON UNDOKUMENTIERTEN ARBEITNEHMER\*INNEN UNTERSTÜTZEN KÖNNEN:

- 1. Macht die Rechte** von undokumentierten Arbeitnehmer\*innen **bekannt** und treten für diese ein. Indem Gewerkschaften die Rechte undokumentierter Migrant\*innen schützen, fördern sie Menschenrechte, Gleichbehandlung und Arbeitsnormen für alle Arbeitnehmer\*innen und bekämpfen gleichzeitig Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.
- 2.** Sorgt dafür, dass die obersten Ebenen der Gewerkschaft die **Rechte** von undokumentierten Arbeitnehmer\*innen **fördern**.
- 3.** Erstellt Richtlinien für den **Beitritt** undokumentierter Arbeitnehmer\*innen zu eurer Gewerkschaft. Verzichtet auf den Beitrag oder reduziert ihn und bietet an, in bar zu zahlen. **Erkennt sie als Arbeiter\*innen an**, unabhängig vom Beschäftigungsstatus und der Art der Arbeit. Stellt einen Mitgliedsausweis aus.
- 4.** Macht es zur Aufgabe, undokumentierte Arbeitnehmer\*innen **zu organisieren** und **zu gewinnen**. Nehmt aktiv Kontakt auf (z.B. Orte, an denen Migrant\*innen arbeiten; wesentliche Branchen; Flugblätter in mehreren Sprachen; stellt Ansprechpersonen für Migrant\*innen ein) und fördert ihre Vertretung auf allen Ebenen der Gewerkschaft.
- 5.** Bietet **Information und Beratung** unabhängig von Status oder Gewerkschaftszugehörigkeit in angepassten Servicezentren innerhalb der Gewerkschaftsstruktur an.
- 6.** Strebt **Vermittlung** an. Falls dies erfolglos bleibt, **organisiert kollektive Aktionen**, einschließlich Demonstrationen, Streiks, Berichterstattung in den Medien, öffentliche Proteste und / oder Unterstützung beim Einlegen von **Beschwerden und Gerichtsprozessen**.
- 7.** Stellt sicher, dass die Rechte undokumentierter Arbeitnehmer\*innen in den **Bildungs- und Ausbildungsprogrammen** eurer Gewerkschaft enthalten sind, insbesondere für Gewerkschaftssekretär\*innen und Verhandlungsführer\*innen.
- 8.** Setzt die Rechte von Arbeitnehmer\*innen ohne Papiere auf eure Agenda in **Tarifverhandlungen** und im **sozialpartnerschaftlichen Dialog**, um somit Gleichbehandlung zu sichern und Ausbeutung zu verhindern.
- 9.** Erstellt gemeinsame Botschaften mit **Arbeitgeber\*innen**: für bessere Gesetze und Praktiken zur Regulierung und Rechenschaftspflicht und stärkt das Bewusstsein, dass die Sozialpartner auf der Seite undokumentierter Arbeitnehmer\*innen sind.
- 10.** Arbeitet in **Partnerschaft** mit Nichtregierungsorganisationen für die Rechte von Migrant\*innen, um Ressourcen und Fachwissen auszutauschen und gemeinsame Kampagnen, Aktionen, Schulungen und eine Interessensvertretung zu entwickeln. Nichtregierungsorganisationen können auch bei der Verbreitung helfen.

Für mehr Informationen oder Unterstützung für die Rechte undokumentierter Arbeitnehmer\*innen durch die Gewerkschaft wenden Sie sich bitte an:

# GEWERKSCHAFTEN:

Organisierung und Förderung der Rechte von Arbeitnehmer\*innen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus



**CES & UnionMigrantNet**  
Boulevard du Roi Albert II, 5  
B-1210 Brüssel  
Tel.: +32 (0)2 2240411  
E-mail: [etuc@etuc.org](mailto:etuc@etuc.org)  
[info@unionmigrantnet.eu](mailto:info@unionmigrantnet.eu)  
Website: [www.etuc.org](http://www.etuc.org)  
[www.unionmigrantnet.eu](http://www.unionmigrantnet.eu)

**PICUM**  
Rue du Congrès, 37-41 / 5  
B-1000 Brüssel  
Tel.: +32 (0)2 2101780  
E-mail: [info@picum.org](mailto:info@picum.org)  
Website: [www.picum.org](http://www.picum.org)

Mit Unterstützung von:

SIGRID RAUSING TRUST



Dieses Falblatt entstand mit finanzieller Unterstützung des EU-Programms für Beschäftigung und soziale Innovation „EaSI“ (2014–2020). Für nähere Informationen, siehe: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1081&langId=de>. Die in dieser Veröffentlichung enthaltene Information gibt nicht zwangsläufig die offizielle Position der Europäischen Kommission wieder.

Design: [www.beetlepub.com](http://www.beetlepub.com)

  
**UNION  
MIGRANTNET**

  
**CONFEDERATION  
EUROPEAN  
TRADE UNION**

 **PICUM**  
PLATFORM FOR INTERNATIONAL COOPERATION ON  
UNDOCUMENTED MIGRANTS

# WARUM GEWERKSCHAFTEN IHRE MASSNAHMEN ZUR GLEICHSTELLUNG UND ZUM DISKRIMINIERUNGSVERBOT FÜR ALLE ARBEITNEHMER\*INNEN VERSTÄRKEN SOLLTEN...



...Die Rechte von Migrant\*innen sind **MENSCHENRECHTE**, die wesentlich sind für gewerkschaftliche Aktivitäten. Daher ist es heutzutage unmöglich, sie *nicht* zu fördern.



...Die Anwerbung und Organisation von Migrant\*innen trägt zur Mitgliederentwicklung bei und macht Gewerkschaften zu **VERTRETERN** zunehmend vielfältiger Gesellschaften.



...Nur eine **VEREINTE** Gewerkschaftsbewegung, die jede\*n Arbeitnehmer\*in schützt, ist stark genug, dem globalen wirtschaftlichen Druck zu begegnen und prekäre Arbeit zu bekämpfen.



...Die Diskriminierung von Migrant\*innen **unterscheidet sich NICHT** von anderer Diskriminierung (aufgrund von Geschlecht, Alter, Rasse, ethnischer Herkunft, Behinderung, Religion, sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität). Migrant\*innen sind daher oft auch mehrfach diskriminiert.



...Alle Arbeitsmigrant\*innen haben das Recht auf **Schutz** vor jeder Art von Diskriminierung, Ausbeutung oder Missbrauch.



...Menschen ohne Papiere sind oft isoliert und ihre Rechte werden nicht beachtet. Die Gewerkschaften spielen eine wichtige Rolle in der **Unterstützung** dieser Arbeitnehmer\*innen.

## WER IST UNDOKUMENTIERT?

Menschen ohne Papiere (oder undokumentierte Personen) besitzen keine Genehmigung, in dem Land zu sein, in dem sie sind. Die meisten hatten irgendwann einen Aufenthaltsstatus, der nicht mehr gültig ist. Das kann passieren aufgrund eines erfolglosen Antrags auf internationalen Schutz, Ablauf oder Verlust eines Aufenthaltsstatus, der von einer bestimmten beruflichen/persönlichen Beziehung abhängig war (z.B. bei Arbeitsplatzverlust), irregulärer Einreise in das Land etc.

## UNDOKUMENTIERTE ARBEITNEHMER\*INNEN SEHEN SICH OFT DISKRIMINIERUNG AUSGESETZT...

- ⊘ **Zugang zum Arbeitsmarkt:** Migrant\*innen dürfen aufgrund restriktiver Arbeitsmigrationspolitik offiziell viele der Stellen, die sie füllen nicht machen. Sie haben oft keine Möglichkeit, einer regelmäßigen Arbeit nachzugehen.
- ⊘ **Löhne, Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit:** Sie werden oft unter dem Mindestlohn bezahlt, teilweise oder komplett um ihren Lohn betrogen, oder die Zahlung erfolgt zu spät. Sie müssen sehr lange arbeiten, oft ohne Pausen, Urlaub, die Möglichkeit, krankheitsbedingt auszufallen und ohne andere soziale Leistungen. Migrant\*innen ohne Aufenthaltsstatus streben faire Konditionen an aber wenn sie sich **gegen Ausbeutung widersetzen, wird ihnen mit Entlassung oder Abschiebung gedroht.**
- ⊘ **Arbeitsschutz und Schulung:** Oft werden erforderliche Sicherheitsausrüstung und -schulungen vorenthalten. Sie sind einem höheren **Risiko von Verletzungen, Unfällen und Berufskrankheiten ausgesetzt und haben nur sehr eingeschränkten Zugang zu Gesundheitsleistungen.**
- ⊘ **Zugang zu Beschwerden und Rechtsbehelfen:** Arbeitsaufsichtsbehörden und Gerichte melden in vielen Ländern ungemeldete Arbeitsmigrant\*innen an die Ausländerbehörden oder führen Inspektionen gemeinsam mit der Ausländerbehörde durch. **Das hat zur Folge, dass undokumentierte Arbeitnehmer\*innen eher abgeschoben werden als Schutz zu erhalten. Ausbeutung bleibt in der Regel straffrei.**

## EINSATZ DES EGB FÜR ARBEITNEHMER\*INNEN OHNE GESICHERTEN AUFENTHALTSSTATUS

Alle Arbeitnehmer\*innen haben Rechte, das gilt auch für undokumentierte. Die Gewerkschaften müssen ihrer Rolle bei der Durchsetzung dieser Rechte auf allen Ebenen gerecht werden. Die Verteidigung der Rechte von undokumentierten Arbeitnehmer\*innen ist sowohl für die Wahrung der Menschenrechte als auch für die Durchsetzung hart erkämpfter Arbeitnehmerrechte von entscheidender Bedeutung. Arbeitnehmer sind Arbeitnehmer!

Der EGB und seine Mitglieder stehen an vorderster Front für die Gleichstellung aller Arbeitnehmer\*innen, die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die Unterstützung von Arbeitnehmer\*innen, gemeinsam mit Nichtregierungsorganisationen, einschließlich PICUM.

Mehrere EU-Richtlinien wurden verabschiedet, welche die Mindeststandards für die Behandlung von Migrant\*innen, Asylsuchenden und Geflüchteten in verschiedenen Bereichen festlegen. Arbeitnehmerrechte für Arbeitnehmer\*innen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus sind speziell in der Arbeitgeber-Sanktions-Richtlinie (2009/52/EC) sowie in internationalen Gesetzen festgelegt.

Im Jahr 2016 unterzeichneten alle europäischen Länder die New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migrant\*innen, in der sie sich verpflichten, Mindestarbeitsnormen für Migrant\*innen, unabhängig vom aufenthaltsrechtlichen Status, zu beachten.

Gesetze, die die Arbeitsrechte für undokumentierte Arbeitnehmer\*innen garantieren, sind unerlässlich, um unfaire Behandlung und Ausbeutung zu verhindern. Maßnahmen, die sicherstellen, dass die Rechte in der Praxis auf nationaler und lokaler Ebene zugänglich sind, werden zusätzlich dringend benötigt.

Der EGB hat seine Bemühungen zur Förderung einer auf Menschenrechten und Solidarität basierenden Migrationspolitik der EU verstärkt. Im Jahr 2013 wurde das UnionMigrantNet eingerichtet.

**UnionMigrantNet** ist ein europäisches Netzwerk von Kontaktstellen für Arbeitsmigrant\*innen, welches von den Gewerkschaften gefördert wird. Es bietet Migrant\*innen kostenlose Informationen und Hilfe. Finden Sie Ihren nächsten Kontaktpunkt unter: [www.unionmigrantnet.eu](http://www.unionmigrantnet.eu)